



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 42. Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt der Stadt Eberswalde
am 09.04.2024, 18:15 Uhr,
im Familiengarten Eberswalde,
Tourismuszentrum, Konferenzsaal,
Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 41. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 05.03.2024
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
8. Vorstellung Planung Nahversorgungsmarkt (Norma)
9. Auswertung möglicher Standorte einer vierten städtischen Grundschule
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 10.1 **Vorlage:** BV/1004/2024 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
61 - Stadtentwicklungsamt
INSEK "Meine Stadt - Eberswalde 2035"
(Fortschreibung Integriertes Stadtentwicklungskonzept)
 - 10.2 **Vorlage:** BV/0983/2024 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
61 - Stadtentwicklungsamt
Klimaanpassungskonzept für die Stadt Eberswalde - Selbstbindungsbeschluss

10.3 **Vorlage:** BV/1015/2024 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
65 - Tiefbauamt
Baubeschluss und öffentliches Ausschreibungsverfahren Ausbau der Saarstraße zwischen Max-Lull-Straße und Straße Ostender Höhen einschließlich Buswendestelle an der Straße Ostender Höhen in 16225 Eberswalde

10.4 **Vorlage:** BV/1009/2024 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
65 - Tiefbauamt
Baubeschluss und öffentliches Ausschreibungsverfahren für den Ersatzneubau der Brücke im Zuge der Erich-Steinfurth-Straße in 16227 Eberswalde

10.5 **Vorlage:** BV/1013/2024 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
65 - Tiefbauamt
Baubeschluss und öffentliches Ausschreibungsverfahren Ausbau des Gehweges inklusive der Beleuchtungsanlage in der Lausitzer Straße im Abschnitt zwischen der Potsdamer Allee und der Spreewaldstraße in 16227 Eberswalde

10.6 **Vorlage:** BV/1006/2024 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
65 - Tiefbauamt
Widmung Albert-Einstein-Straße

11. Informationsvorlagen

12. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Fischer, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU), eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:15 Uhr.

Des Weiteren begrüßt Herr Fischer alle Anwesenden zur heutigen Hybridsitzung des ASWU, an der laut der von ihm auf der Grundlage des § 34 Absatz 1a der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) genehmigten begründeten Anträge folgende Ausschussmitglieder per Videozuschaltung teilnehmen dürfen:

	gemäß Antrag vom	und Genehmigung vom
Herr Dietterle	05.04.2024	05.04.2024
Herr Zinn in Vertretung von Herrn Hiekel	08.04.2024	08.04.2024
Frau Büschel	09.04.2024	09.04.2024
Herr Knoll - nicht stimmberechtigt -	09.04.2024	09.04.2024

Die per Video zugeschalteten Stadtverordneten teilen auf Nachfrage jeweils mit, dass die Video- und Audioübertragung funktioniere.

Frau Büschel ist zu Beginn der Sitzung noch nicht per Videozuschaltung anwesend.

Herr Fischer begrüßt Frau Katrin Heinz vom Büro Ernst, Basler und Partner als Gast zum TOP 10.1; sie ist per Video zugeschaltet.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Fischer stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der ASWU beschlussfähig ist.

Zu Beginn der Sitzung sind 8 Mitglieder in Präsenz und 2 Mitglieder per Videozuschaltung anwesend bzw. zugeschaltet, mithin **10 Stimmberechtigte (Anlage 1)**.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 41. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt der Stadt Eberswalde vom 05.03.2024

Herr Fischer teilt mit, dass von Herrn Walter eine schriftliche Nachfrage zu TOP 10.2 „Außenanlagen Hort „Coole Füchse“ der Niederschrift über die 41. ASWU-Sitzung vom 05.03.2024 und der BV/1014/2024 „Ausschreibungsverfahren Planungsleistung Freianlagen Hort „Coole Füchse“ eingereicht und dass diese als auch die schriftliche Beantwortung der Nachfrage vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner verteilt wurden. Den Hybridteilnehmern wurden diese Unterlagen digital vor der Sitzung übersandt (**Anlage 2**).

Frau Büschel nimmt ab 18:17 Uhr an der Sitzung per Videozuschaltung teil (**11 Stimmberechtigte**).

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Zinn nimmt Bezug auf die im öffentlichen Teil der Hauptausschuss-Sitzung am 18.04.2024 zur Entscheidung anstehende Beschlussvorlage BV/1029/2024 „Vereinbarung über Ausgleichszahlungen – Mittelverwendung zur Ertüchtigung von Sportstätten“ und fragt, warum die Fachausschüsse bei dieser Beschlussvorlage nicht involviert werden. Er teilt mit, dass er es für gut befunden hätte, wenn die Beschlussvorlage den jeweiligen Mitgliedern und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern der Fachausschüsse zur Kenntnis gegeben wäre.

Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

6.1 Frau Sarah Holzgreve, Rudolf-Virchow-Straße 30, 16225 Eberswalde:

- erklärt sich damit einverstanden, dass ihre personenbezogenen Daten in die Niederschrift mit aufgenommen werden dürfen
- teilt mit, dass sie als Vertreterin des Vereins Alnus e.V. spricht und nimmt Bezug auf das INSEK „Meine Stadt – Eberswalde 2035“ (INSEK) und auf das Klimaanpassungskonzept für die Stadt Eberswalde, die heute beide laut Tagesordnung zur Vorberatung anstehen; sie führt aus, dass beide Konzepte positiv und als einen großen Fortschritt für die Stadt Eberswalde vom Verein angesehen werden und der Verein diesbezüglich seine Anregungen mitgeteilt hat; sie bittet darum, dass wenn diese Konzepte beschlossen wurden, diese insbesondere für bauliche Entscheidungen zukünftig Berücksichtigung und Anwendung finden; in Anlehnung dessen verweist Frau Holzgreve auf die Stellungnahme des Alnus e.V. zum Bau der B167neu, 2. Bauabschnitt, die sie als Anlage zur Niederschrift überreicht (**Anlage 3**).

6.2 Einwohner, Mitglied des Alnus e.V., Schicklerstraße 5, 16225 Eberswalde

- erklärt sich nicht damit einverstanden, dass seine personenbezogenen Daten in die Niederschrift mit aufgenommen werden und gibt die Anschrift des Vereins an

- nimmt Bezug auf den im INSEK enthaltenen Bau der B167neu und teilt mit, dass der Verein bei einem derart wichtigen Projekt auf die Bereitstellung einer Datengrundlage besteht und berichtet, dass der Verein im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit eigenständig ein Projekt „Eberswalde zählt“ zur Verkehrszählung in Eberswalde umsetzen wird, um die Fragestellungen, wie groß ist der Anteil des Durchgangsverkehrs, des umleitbaren Verkehrs und des Anliegerverkehrs für verschiedene Teilgebiete von Eberswalde zu untersuchen

6.3 Einwohner, Mitglied des Alnus e.V., Schicklerstraße 5, 16225 Eberswalde

- erklärt sich nicht damit einverstanden, dass seine personenbezogenen Daten in die Niederschrift mit aufgenommen werden und gibt die Anschrift des Vereins an
- schließt sich der von seinen Vorrednern aus dem Verein angesprochenen Thematik an und fragt, wie und welches Vorhaben aus dem Mobilitätsplan 2030+ bereits umgesetzt wurde und wie die Planung in den kommenden Jahren aussieht, insbesondere im Hinblick auf Park & Ride sowie öffentliche Verkehrsalternativen und fragt, ob die Stadt Eberswalde bzgl. der Umsetzung des INSEK und des Klimaanpassungskonzepts mit anderen Städten und Gemeinden in Kontakt steht

Frau Fellner bedankt sich bei der Vertreterin und den Vertretern des Alnus e.V. für ihre Wortmeldungen und deren Einsatz für eine klimagerechte Stadtentwicklung in Eberswalde in dem sie zum INSEK als auch zum Klimaanpassungskonzept für die Stadt Eberswalde ausführlich Stellung bezogen und eingereicht haben. Bezüglich der Ausführungen des unter TOP 6.2 sich zu Wort gemeldeten Einwohners informiert sie, dass es sich bei dem Vorhaben der B167neu nicht um ein kommunales Planungsvorhaben handelt und deshalb die Datenerhebungen nicht von der Stadt zu erbringen sind, sondern in der Verantwortung des Bundes liegen, dennoch begrüßt sie das Engagement. Frau Fellner führt weiter aus, dass die Verwaltung mitnimmt, die Anregungen aus den Stellungnahmen zum INSEK in Bezug auf die Frage, was wir derzeit an der aktuellen nicht zufriedenstellenden Verkehrssituation verbessern können, genauer zu betrachten, um die Art und das Zeitfenster der Umsetzung von Maßnahmen aus dem Mobilitätsplan 2030+ zu prüfen. In Bezug auf die Frage, was die Stadt Eberswalde bereits aus dem Mobilitätsplan 2030+ umsetzt, zählt Frau Fellner Beispiele auf, wie die Förderung des Radverkehrs und die Einweihung der Fahrradstraße Schellengrund sowie die heute zu behandelnde Beschlussvorlage bzgl. der Erweiterung des O-Bus-Netzes etc. Im Rahmen einer anstehenden Evaluierung den Mobilitätsplanes 2030+ wird der ASWU umfassend über den Umsetzungsstand informiert. Frau Fellner berichtet über die enge Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden, mit denen die Stadt Eberswalde in einem vielseitigen fachlichen Austausch deutschlandweit und teilweise auch in europäischen Kooperationsprojekten vertreten ist, steht, um gute Stadtentwicklungspolitik in Eberswalde betreiben zu können. Und um nur einige aufzuzählen ergänzt sie; die Stadt ist u.a. Mitglied im Städtekränz des Landes Brandenburgs und in deren Arbeitsgruppen „Verkehr“ sowie „Stadtentwicklung“ aktiv tätig, die Stadt Eberswalde ist Gründungsmitglied der Arbeitsgruppe „Fahrradfreundliche Kommune im Land Brandenburg“, Frau Fellner ist in Person Vorsitzende des Städteforums des Landes Brandenburgs (größte kommunale Arbeitsgemeinschaft, die sich mit Stadtentwicklungsfragen beschäftigt).

Herr Fischer schließt die Einwohnerfragestunde um 18:38 Uhr.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

7.1 Frau Fellner nimmt Bezug auf die unter TOP 4 der heutigen Sitzung von Herrn Zinn gegebenen Anregungen bezüglich der im Hauptausschuss am 18.04.2024 zur Entscheidung anstehenden Beschlussvorlage BV/1029/2024 „Vereinbarung über Ausgleichszahlungen Mittelverwendung zur Ertüchtigung von Sportstätten“. Sie führt aus, dass die Ausgleichszahlungen auf bundesrechtliche Regelungen zurückgehen, um die Akzeptanz für den Leitungsbau der 380KV-Leitung zu erhöhen, die alle betroffenen Städte und Gemeinden erhalten. Es wurde eine kommunalrechtliche Genehmigung zur Annahme dieser Mittel und zum Abschluss der Vereinbarung erwirkt. Darüber hinaus war es Bedingung, die Kommunalaufsicht einzubeziehen, die bereits erklärt hat, dass es keine Bedenken gegen diesen Abschluss gibt. Der Abschluss der Vereinbarung ist vor der Inbetriebnahme des Abschnittes der 380KV-Leitung erforderlich und diese ist für das II. Quartal 2024 angekündigt. Frau Fellner erläutert, dass aus diesem Grund die Beschlussvorlage eine Eilbedürftigkeit erfordert und sie deshalb ausschließlich zur Behandlung im Hauptausschuss am 18.04.2024 vorgesehen ist, zuvor jedoch in den Fachausschüssen ASWU (in der heutigen Sitzung), im AWF am 11.04.2024 und im ABJS am 16.04.2024 die entsprechende Information erfolgen wird. In ihren weiteren Ausführungen geht sie auf den Inhalt der Beschlussvorlage ein, in dem die Verwaltung vorschlägt, die Vereinbarung abzuschließen, 208.000,00 Euro als außerplanmäßige Mittel einzunehmen und diese Mittel für das Sozialgebäude im Westendstadion zu verwenden. Die Verwaltung schlägt vor, anstatt des Umbaus der alten Kegelbahn aus dem Fritz-Lesch-Stadion eine neue Kegelbahn einzubauen und dafür die planerischen und baulichen Voraussetzungen zu schaffen. Dies sei aus Sicht der Verwaltung sinnvoll, weil die Risiken vom Auftreten bautechnischer Probleme beim Umbau der Kegelbahn sehr groß sind. Frau Fellner informiert, dass eingeschätzt wird, dass die außerplanmäßigen Mittel für den Neubau statt Umbau ausreichen, dies aber erst nach der Durchführung der Ausschreibungen abschließend tatsächlich bestätigt werden kann. Aus Sicht der Verwaltung wird es damit möglich, eine Anlage zu installieren, die den Anforderungen an den Bundesleistungssport genügt und in diesem Zusammenhang den Gebäudeteil auch technisch zu ertüchtigen.

Ergänzend führt sie aus, dass durch die vorgesehene Mittelverwendung in unterschiedlichen Stadtteilen mit unterschiedlichen Einzugsbereichen durch Erhalt und Neuschaffung der Sporteinrichtungen die Gemeinschaft, das Gemeinwohl und das zivilgesellschaftliche Engagement durch die sodann gegebenen Sportmöglichkeiten gefördert wird. Daneben wird die Lebensqualität des Einzelnen und die Standortqualität der Stadt Eberswalde verbessert. Frau Fellner bittet, dass die in den Fraktionen bereits vorliegende Beschlussvorlage diskutiert und sie dann im Hauptausschuss am 18.04.2024 zum Abschluss gebracht wird.

7.2 Frau Fellner informiert, dass sich am 31.03.2024 ein Brand in der sogenannten Judohalle, gelegen an der Altenhofer Straße in Finow, ereignet hat. Diese ist als Vereinshaus mit Proberäumen an „Bands United e.V.“ seit 2021 unbefristet für 1,00 Euro/Monat vermietet. Der Brandbericht unserer Berufsfeuerwehr liegt mittlerweile vor, es ist von erheblichen Schäden auszugehen. Die Verwaltung steht im Kontakt mit dem Vorsitzenden des Vereins. Sie führt weiter aus, dass die Ermittlung der Brandursache, der Kontakt mit der Versicherung und die Abstimmung des weiteren Verfahrens andauern. Die Verwaltung kann derzeit nicht einschätzen, wie viel Zeit dies in Anspruch nimmt, zu gegebener Zeit dann aber weitere Informationen gegenüber der Stadtpolitik mit Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise erfolgen werden.

7.3 Frau Fellner teilt mit, dass die StVV am 30.5.2023 auf Antrag der Fraktion Die Partei Alternative für Umwelt und Natur den Prüfauftrag „Bahnsteige am Hauptbahnhof besser erreichbar machen“ beschlossen hat. Anlass war für die Fraktion der schlechte Zugang zu den Bahnsteigen und die mangelhafte Barrierefreiheit, die durch immer wieder ausfallende Aufzüge nicht zuverlässig gegeben ist. Die Intention des Antrags war es, die Verwaltung zu bitten, gemeinsam mit der Deutschen Bahn und dem Landesbetrieb Straßenwesen zu prüfen, ob die beiden Fernbahnsteige direkt von der Eisenbahnbrücke aus erreichbar zu machen wären. Dazu bat die einreichende Fraktion die Verwaltung Gespräche zu suchen, erste Kostenermittlungen zu machen und noch vor der Kommunalwahl einen ersten Zwischenbericht zu geben. Demnach berichtet sie, dass im Oktober 2023 es gelungen ist, einen gemeinsamen Termin mit mehreren Vertreterinnen und Vertretern der Deutschen Bahn AG (DB AG) und dem Landesbetrieb Straßenwesen (LS) zu organisieren. Eingangs hatte die Verwaltung einen Inputvortrag mit den theoretisch vier möglichen Varianten für eine bessere Erschließung gegeben:

- Variante 1: Verlängerung der bereits bestehenden Fußgängerunterführung (FU), welche zurzeit die Bahnsteige 1 bis 5 barrierefrei miteinander verbindet, bis auf die gegenüberliegende Seite der Gleisanlagen (Güterumschlagsbereich)
- Variante 2: Barrierefreie Anbindung der Bahnsteige mit Hilfe einer neuen Fußgängerbrücke (über die vorhandenen Oberleitungen) aus Richtung Westen (Treppenanlage + Fahrstuhl)
- Variante 3: Barrierefreie Anbindung von Seiten der Straßenbrücke nach Süden als „Brücke“/Treppenanlage mit Fahrstuhl direkt auf die jeweiligen Bahnsteige
- Variante 4: Barrierefreie Anbindung von Seiten der Straßenbrücke nach Norden als „Brücke“/Treppenanlage mit Fahrstuhl direkt auf die jeweiligen Bahnsteige

Die Vertreter der DB AG erklärten, dass alle diese Varianten einen vielfachen zweistelligen Millionenbetrag kosten würden und zumindest bei Variante 3 sowie 4 eine komplette Sperrung der Bahnlinie in Richtung Norden für viele Monate notwendig würde, durch die Verlängerung der Bahnsteige, die Verlegung der Weichen und den notwendigen Umbau der Oberleitungen. Die DB AG würde sich an keinem der Varianten finanziell beteiligen.

Die Vertreter des LS erklärten, dass ein direkter Anbau an die Bahnbrücke aus statischen Gründen nicht möglich sei und dass wenn überhaupt aus Gründen der Verkehrssicherheit für Fußgänger nur einem Abgang sowohl nach Norden als auch nach Süden zugestimmt würde, um unkontrolliertes Kreuzen der Bundesstraße durch Fußgänger zu vermeiden. Aus diesen Gründen sind diese Pläne mit großen Unwägbarkeiten und einem nicht einschätzbaren finanziellen und planerischen Aufwand sowie Beeinträchtigung des Bahnverkehrs verbunden und können ggf. nur als eine langfristige Vision angedacht werden. In diesem Termin berichtete die DB AG auch vom Projekt „Zukunftsbahnhof 2030“ und die damit verbundene Herstellung und Gewährleistung der von Seiten der DB AG festgelegten Standards: sichere Zugänge und Barrierefreiheit, Beleuchtung, sichere Wegführung, Wetterschutz, Sitzbänke, Informations- und Wegeleitsysteme. Frau Fellner erläuterte, dass dies für Eberswalde eine Verbreiterung des Tunnels, Vergrößerung der Aufzüge, Verbesserung der Zugänglichkeit und vieles mehr bedeuten könnte. Dieses Projekt würde von der DB AG finanziert. Um konkret Verbesserungen am Bahnhof zu erreichen ist es nunmehr Ziel der Stadtverwaltung, in das Programm „Zukunftsbahnhof 2030“ der DB aufgenommen zu werden, und im Rahmen dieses Projektes baldige Möglichkeiten für eine bessere, sichere und barrierefreie Anbindung des Hauptbahnhofes Eberswalde zu gewährleisten.

Dabei erfährt die Stadt die Unterstützung von MdB Stefan Zierke und seinem Team, der sich für einen zeitnahen Termin im Mai 2024 mit der DB AG eingesetzt und diesen organisiert hat, bei dem auch Bürgermeister Götz Herrmann sowie der Bauausschussvorsitzende Kurt Fischer zugegen sein werden.

7.4 Frau Fellner informiert, dass ursprünglich vorgesehen war, das Parkraumkonzept 3.0 in der heutigen Sitzung vorzustellen. Angesichts der Fülle der Themen der heutigen und der geplanten Sitzung im Mai hat die Verwaltung entschieden, die sehr wichtige und komplexe Thematik, die auch der nötigen Zeit bedarf, in die Tagesordnung der ASWU-Sitzung im Herbst einzubringen.

7.5 Frau Fellner bedankt sich bei allen Akteuren, wie der Alnus e.V., das Quartiersmanagement, der NABU Naturschutzbund Deutschland, der Verein Unser Finowkanal e.V., der Förderverein Finower Wasserturm und sein Umfeld e.V., der Stadtteilverein Finow e.V. und auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Bauhofs, um nur einige zu nennen, die auch in diesem Jahr an der Aktion „Sauberswalde“ mitgewirkt haben.

7.6 Frau Fellner bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen des Bauhofs für die wieder gut gelungene Frühjahrsbepflanzung im gesamten Stadtgebiet.

7.7 Frau Leuschner informiert, dass im Hauptausschuss am 18.04.2024 die Beschlussvorlage BV/1028/2024 „Öffentliches Ausschreibungsverfahren – „Erstellung einer Kommunalen Wärmeplanung für die Stadt Eberswalde“ bzgl. der Beauftragung des erforderlichen Vergabeverfahrens für die Erarbeitung einer „Kommunalen Wärmeplanung“ für die Stadt Eberswalde zur Entscheidung vorgelegt wird und dass Fördermittel als auch entsprechende Eigenmittel im Haushalt eingestellt und folglich zur Verfügung stehen.

Sie führt weiter aus, dass das Konzept an sich dann auch im Fachausschuss behandelt wird.

7.8 Frau Heidenfelder nimmt Bezug auf die auch im Hauptausschuss am 18.04.2024 zur Entscheidung anstehende Beschlussvorlage BV/1032/2024 „Öffentliches Ausschreibungsverfahren – Erstellung einer Forsteinrichtung für den Zeitraum 2025 - 2035“ und informiert, dass die Erstellung einer Forsteinrichtung öffentlich ausgeschrieben werden soll. Sie geht entsprechend der Sachverhaltsdarstellung inhaltlich darauf ein, dass für einen öffentlichen Forstbetrieb der Größe des Stadtwaldes eine Forsteinrichtung zur Sicherstellung einer nachhaltigen Holznutzung notwendig ist und dass dafür 65.000,00 Euro im Haushalt eingestellt wurden.

TOP 8

Vorstellung Planung Nahversorgungsmarkt (Norma)

Herr Fischer begrüßt Herrn Mike Wöhler, Expansionsleiter der NORMA Lebensmittelfilialbetrieb Stiftung & Co. KG (Norma) und beantragt das Rederecht für Herrn Wöhler.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig bestätigt

Frau Fellner informiert, dass mit Schreiben vom November des letzten Jahres die Norma Lebensmittelfilialbetrieb Stiftung & Co. KG (Norma) an die Verwaltung herangetreten ist mit dem Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zur Errichtung eines großflächigen Lebensmittel-Discounters in Finow, in der Angermünder Straße. Der Nahversorgungsmarkt soll eine Verkaufsfläche von 1200 m² vorsehen, dafür ist ein vorgenanntes Planverfahren notwendig. Frau Fellner erläutert, dass sich die Verwaltung mit Herrn Wöhler daraufhin verständigt hat, in der heutigen Sitzung das Vorhaben erst einmal vorzustellen, einerseits von Herrn Wöhler anhand einer PowerPoint-Präsentation und andererseits wird Frau Fellner aus Sicht der Verwaltung Ausführungen machen. Im Anschluss dessen ist beabsichtigt, eine Meinungsbildung aus dem Fachausschuss zu erfahren, ob ein solches Verfahren von der Verwaltung einzuleiten ist.

Herr Wöhler stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Planung des Nahversorgungsmarktes Norma vor (**Anlage 4**).

Frau Fellner macht Ausführungen zur Sicht der Verwaltung zur Einleitung eines verbindlichen Bauleitplanverfahrens anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 5**).

Herr Zinn teilt mit, dass aus Sicht der Fraktionsgemeinschaft Bündnis Eberswalde/Einzelstadtverordnetenenschaft es keine Einwände zur Errichtung eines Nahversorgungsmarktes an diesem Standort gibt, aber dennoch zu Bedenken gibt, dass damit nicht das Problem der Nahversorgung im Umfeld von dem Einkaufszentrum „Kleiner Stern“ geklärt ist. Darüber hinaus bittet er um Information zum Eigentümer der Fläche.

Frau Fellner nimmt die Bedenken zur Kenntnis und teilt mit, dass keine Auskunft zum Eigentümer im öffentlichen Teil der Sitzung erfolgen kann.

Im Ergebnis der ausführlichen Diskussion teilt Herr Wöhler mit, dass die bereits bestehende Norma-Filiale bei Errichtung eines weiteren Norma-Marktes bestehen bleibt und dass bereits Verhandlungen u.a. mit dem Eigentümer des Einkaufszentrums „Kleiner Stern“ laufen. Es wird seinerseits die Anregung der Prüfung nach Bestandsflächen zur Abklärung mitgenommen.

Im Rahmen der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass die genaue Benennung der Örtlichkeit der Freifläche zu Beginn der Ausführungen wünschenswert gewesen wäre, die fußläufige Erreichbarkeit des Nahversorgungsmarktes von Wichtigkeit ist und die Sicherung der Nahversorgung im Umkreis des Einkaufszentrums „Kleiner Stern“ dennoch seine Priorität behält. Insgesamt ist festzustellen, dass in der Diskussion die Meinungen bezüglich der Eignung der Freifläche als neuen Standort eines Nahversorgers bis hin zur Ablehnung und stattdessen dem Vorzug von integrierten Standorten zur Nutzung von Bestandsgebäuden zu geben, um die städtebaulichen Aspekte zu unterstützen, variieren.

Herr Zinn fragt, ob für die Errichtung einer Norma-Filiale der Standort im Einkaufszentrum „Heidewald“ im Brandenburgischen Viertel als zeitnahe Alternative oder der Standort in der Spechthausener Straße denkbar ist und fragt nach dem Zeitraum der Realisierung.

Herr Wöhler informiert, dass der Standort in der Spechthausener Straße am konkretesten in der Absprache ist und die anderen beiden Standorte sind noch sehr zögerlich in den Verhandlungen. Dennoch ist dafür die Aufstellung eines B-Planverfahrens erforderlich, die mindestens einen Zeitraum von 3 Jahren in Anspruch nimmt, bevor eine Realisierung denkbar ist.

Frau Fellner stellt klar, dass, wenn die Errichtung einer Norma-Filiale an der Spechthausener Straße im Rahmen der potenziellen Holzbausiedlung, die qualitätsvolle Wohnbebauung vorsieht, angedacht ist, dies aus städtebaulicher Sicht keinesfalls erfolgen wird. Weiterführend erläutert sie die Wichtigkeit der Abwägung in Balance zur Standortwahl eines Nahversorgers im Brandenburgischen Viertel.

Frau Fellner bittet nach Abschluss der Diskussion um eine Empfehlung bzw. ein Meinungsbild, ob die Verwaltung beauftragt wird, sich der aufwendigen Erarbeitung eines Aufstellungsbeschlusses zu widmen und ob sie infolge dessen den politischen Gremien nach der Kommunalwahl eine Beschlussvorlage in Form eines Aufstellungsbeschlusses vorlegen soll.

Sie erläutert, dass es dabei hilfreich ist, wenn gegenüber der Verwaltung eine Empfehlung an die Verwaltung abgegeben wird, ob der Fachausschuss es für gut befindet, auf dieser Fläche einen neuen Nahversorger anzusiedeln. In dem B-Planverfahren würden dann eine Reihe der heute gestellten Fragen und Problemlagen behandelt werden und die Verwaltung kann als konstruktiver Partner bei Fragestellungen, wie zum Beispiel zur Begrünung, fehlende Fahrradstellplätze etc. agieren.

Herr Zinn teilt mit, dass in der Tagesordnung der Titel lautet „Vorstellung Planung Nahversorgungsmarkt (Norma)“ und spricht sich gegen eine Abstimmung aus, weil dies aus seiner Sicht die Abstimmung in den Fraktionen erfordert.

Die Mitglieder des ASWU sprechen sich gegen eine Meinungsbildung und Empfehlung an die Verwaltung aus und möchten sich diesbezüglich erst in den Fraktionen abstimmen.

TOP 9

Auswertung möglicher Standorte einer vierten städtischen Grundschule

Frau Fellner informiert anhand des Lageplanes, die Darstellungen der Standorte und dass eine Auswertung und als Anlage dazu die Zusammenstellung der Stellungnahmen der Fraktionen zu den vorgeschlagenen potentiellen Standorten für eine vierte städtische Grundschule vor der Sitzung an alle Mitglieder und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner zur weiteren Diskussion in den Fraktionen verteilt wurde (**Anlage 6**). Den Hybridteilnehmern wurde diese Unterlage vor der Sitzung digital zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung schlägt vor, sich zukünftig nur noch auf die Standorte zu konzentrieren, die von den Fraktionen befürwortet wurden und die Standorte, die keinen Zuspruch erhielten, für das weitere Verfahren aus der Übersicht zu nehmen. Weitere Diskussionen sind diesbezüglich zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen.

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Vorlage: BV/1004/2024

Einreicher / zuständige Dienststelle:

61 - Stadtentwicklungsamt

INSEK "Meine Stadt - Eberswalde 2035"

(Fortschreibung Integriertes Stadtentwicklungskonzept)

Frau Leuschner geht in ihren Ausführungen auf das Procedere des angewandten Beteiligungsverfahrens ein und bedankt sich für die eingereichten Hinweise und Anregungen aus den Fraktionen, von Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern etc. die geprüft, teilweise eingearbeitet und in

der Abwägungstabelle mit entsprechenden Hinweisen aufgenommen wurden und der Beschlussvorlage beigelegt ist. Die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts liegt heute in Form eines Änderungsmodus zur Abstimmung vor. Frau Leuschner teilt mit, dass die Anregungen der Fraktion SPD | BFE aufgrund der etwas verspäteten Einreichung nicht mehr mit aufgenommen werden konnten.

Sie führt weiter aus, dass redaktionelle Anregungen im Rahmen der Endausfertigung des INSEK „Meine Stadt – Eberswalde 2035“ übernommen werden und weitere wichtige Hinweise in Form eines Änderungsantrages noch im Rahmen der Beratungsfolge der politischen Gremien eingebracht werden können.

Frau Wagner bezieht sich auf den Punkt 2.8 „Daseinsvorsorge“, Absatz Bildung: Kita, Hort und Schulen, ersten Absatz und teilt mit, dass im INSEK dargestellt werden sollte, dass die Stadt es versucht, allen anspruchsberechtigten Kindern einen Kitaplatz zur Verfügung zu stellen, aber die Stadt nicht dem Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf einen Kitaplatz genügt. Sie stellt im Namen der Fraktion Die LINKE. den Änderungsantrag, auf der Seite 74, unter Punkt 2.8 „Daseinsvorsorge“, Absatz „Bildung: „Kita, Hort und Schule“, hinter dem dritten Satz, der wie folgt lautet: „Damit kann allen berufstätigen Elternteilen heute ein Kitaplatz angeboten werden, die Wunscheinrichtung kann jedoch nicht in jedem Fall berücksichtigt werden.“ folgenden Satz einzufügen: „Damit genügt die Stadt jedoch nicht dem Rechtsanspruch eines jeden anspruchsberechtigten Kindes.“

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag: mehrheitlich zugestimmt

Frau Lösche stellte den Antrag, den anwesenden Vertretern des ALNUS e.V. für diesen Tagesordnungspunkt das Rederecht zu erteilen.

Herr Fischer stellt das Rederecht für Herrn Ebert und Frau Holzgreve zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis für das Rederecht: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage mit Änderungsantrag:
mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung mit der Änderung auf der Seite 74, unter Punkt 2.8 „Daseinsvorsorge“, Absatz „Bildung: „Kita, Hort und Schule“, hinter dem dritten Satz folgenden Satz einzufügen: „Damit genügt die Stadt jedoch nicht dem Rechtsanspruch eines jeden anspruchsberechtigten Kindes.“ vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Das INSEK „Meine Stadt – Eberswalde 2035“ (Fortschreibung Integriertes Stadtentwicklungskonzept) wird als Grundlage für die weitere Stadtentwicklung der Stadt Eberswalde beschlossen.

TOP 10.2

Vorlage: BV/0983/2024

Einreicher / zuständige Dienststelle:

61 - Stadtentwicklungsamt

Klimaanpassungskonzept für die Stadt Eberswalde - Selbstbindungsbeschluss

Frau Leuschner teilt mit, dass nach Abschluss der Offenlage und eingegangenen Hinweisen und Anregungen aus den Fraktionen, von Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern etc. die Verwaltung sich intensiv damit auseinandergesetzt und in Form einer Abwägungstabelle die Stellungnahmen dargelegt hat. Sie führt weiter aus, dass die Anregungen weitestgehend an entsprechender Stelle im Klimaanpassungskonzept berücksichtigt wurden und nun zur Abstimmung vorliegt.

*Frau Wagner stellt im Namen der Fraktion Die LINKE. den Änderungsantrag unter der Maßnahme M1 anstatt der Formulierung „Frischluftschneisen **sollten** freigehalten werden“ die Formulierung „Frischluftschneisen **sollen** freigehalten und gestärkt werden“ aufzunehmen.*

Abstimmung zum Änderungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

Frau Siegemund stellt ihre Sichtweise zum ökosystembasierten Ansatz dar.

Abstimmungsergebnis zur Beschlussvorlage ohne Änderungen: mehrheitlich befürwortet

Frau Fellner dankt Frau Leuschner, dass sie die beiden heute zur Abstimmung gestellten Konzepte in einer solchen hohen Qualität trotz der derzeitigen personellen Situation vorgelegt hat.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das „Klimaanpassungskonzept für die Stadt Eberswalde“ mit seinen Grundsätzen und Maßnahmen als Selbstbindungsbeschluss.

TOP 10.3

Vorlage: BV/1015/2024

Einreicher / zuständige Dienststelle:

65 - Tiefbauamt

Baubeschluss und öffentliches Ausschreibungsverfahren Ausbau der Saarstraße zwischen Max-Lull-Straße und Straße Ostender Höhen einschließlich Buswendestelle an der Straße Ostender Höhen in 16225 Eberswalde

Herr Grohs erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Diskussion noch an der Abstimmung zur Beschlussvorlage teil.

Herr Zinn fragt nach dem Ergebnis der Zusammenkunft im Rathaus mit der Bürgerinitiative, ob die Kritiken aus Sicht des Seniorenbeirates berücksichtigt werden konnten und ob sich dieser im Nachgang nochmals geäußert hat.

Frau Fellner berichtet, dass der Termin durch Frau Köhler und Frau Zierach von Seiten der Verwaltung und durch einzelne Stadtverordnete begleitet wurde. Sie informiert, dass die Anwohnerinnen und Anwohner sich im Grundsatz über den Ausbau der Saarstraße freuen, aber einige wenige Anwohnerinnen/Anwohner ambivalent gegenüber der Busanbindung stehen. Seitens der Verwaltung wird es als sinnvoll und geboten gesehen, dass der O-Bus in diesem Bereich erweitert wird und dies wurde den Anwohnerinnen und Anwohnern in dem Termin dargelegt. Sie macht weitere Detailausführungen anhand der PowerPoint-Präsentation „Potentialabschätzung – durch die Erweiterung der Obuslinie 862“ (**Anlage 7**).

Herr Banaskiewicz regt an, dass bei der Auftragsvergabe berücksichtigt wird, dass die Realisierung der Maßnahme in Teilstücken erfolgt und dass die Bauüberwachung durch die Planer übernommen wird.

Frau Köhler nimmt die Anregung zur Prüfung mit.

Frau Oehler berichtet von dem Termin, an dem auch sie teilgenommen hat und berichtet, dass ihrer Auffassung nach, die Anwohnerinnen und Anwohner einer Busanbindung doch recht positiv entgegenstanden, gerade im Hinblick auf die Erreichbarkeit der umliegenden Nahversorgungsmärkte. Lediglich der Begegnungsfall Bus|Bus wurde als kritisch angesehen, den aber Herr Bauer, Verkehrsplaner im Stadtentwicklungsamt, aufklären und damit entschärfen konnte, weil sich dies nur als tatsächlicher Ausnahmefall ereignen könnte.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Entwurfsplanung für den grundhaften Ausbau der Verkehrsanlage Saarstraße zwischen Max-Lull-Straße und Straße Ostender Höhen inklusive Wendestelle für den Bus an der Straße Ostender Höhen in 16225 Eberswalde zu und beschließt den Bau.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausführungsplanung zu fertigen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Vergabeverfahren für den grundhaften Ausbau der Verkehrsanlage Saarstraße zwischen Max-Lull-Straße und Straße Ostender Höhen inklusive Wendestelle für den Bus an der Straße Ostender Höhen in 16225 Eberswalde entsprechend den in der Sachverhaltsdarstellung festgelegten Kriterien durchzuführen und die Aufträge zu erteilen. Der geschätzte Auftragswert beträgt 3.120.845,00 EUR.

TOP 10.4

Vorlage: BV/1009/2024 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
65 - Tiefbauamt

Baubeschluss und öffentliches Ausschreibungsverfahren für den Ersatzneubau der Brücke im Zuge der Erich-Steinfurth-Straße in 16227 Eberswalde

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Entwurfsplanung für den Ersatzneubau der Brücke im Zuge der Erich-Steinfurth-Straße in 16227 Eberswalde zu und beschließt den Bau.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausführungsplanung zu fertigen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, das öffentliche Ausschreibungsverfahren für den Ersatzneubau der Brücke im Zuge der Erich-Steinfurth-Straße entsprechend den in der Sachverhaltsdarstellung festgelegten Kriterien durchzuführen und den Bauauftrag zu erteilen. Das voraussichtliche Auftragsvolumen beträgt ca. 1.380.000,00 EUR.

TOP 10.5

Vorlage: BV/1013/2024 **Einreicher / zuständige Dienststelle:**
65 - Tiefbauamt

Baubeschluss und öffentliches Ausschreibungsverfahren Ausbau des Gehweges inklusive der Beleuchtungsanlage in der Lausitzer Straße im Abschnitt zwischen der Potsdamer Allee und der Spreewaldstraße in 16227 Eberswalde

Frau Köhler erläutert, dass der Gehweg in dem benannten Bereich in einem schlechten maroden Zustand und die Beleuchtungsanlage sehr störanfällig ist, hinzukommt, dass diese fast ausschließlich auf Privateigentum steht. Aus wirtschaftlichen Gründen und auch wegen der Unkompliziertheit ist ein vereinfachtes Planungsverfahren beabsichtigt, das vorsieht, dass die Pläne, Leistungsbeschreibungen und Ausschreibungsunterlagen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Tiefbauamtes selbst erarbeitet werden und dies in Form eines Einphasenprojekts realisiert

wird. Die entsprechenden notwendigen Beteiligungen und Nachweise der Versorgungsunternehmen werden vom Tiefbauamt eingeholt und die Beleuchtungsanlagen werden auf den Privatgrundstücken demontiert und die bereits erneuerten Leuchtpunkte auf die neuen Masten montiert und im öffentlichen Gehweg aufgestellt werden. Das Beleuchtungskabel wird dann in dem Zusammenhang im öffentlichen Gehweg verlegt.

Darüber hinaus gibt Frau Köhler den redaktionellen Hinweis, dass auf der Seite 7 von 7, unter 3.1 Kosten der Beschlussvorlage, sich die Planungskosten nicht wie angegeben auf 43.000,00 Euro, sondern auf 0,00 Euro belaufen und die 43.000,00 Euro sich auf die Beleuchtungskosten beziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Planung zum grundhaften Ausbau des Gehweges inklusive der Beleuchtungsanlage in der Lausitzer Straße im Abschnitt zwischen der Potsdamer Allee und der Spreewaldstraße in 16227 Eberswalde zu und beschließt den Bau.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die öffentlichen Ausschreibungsverfahren für den Ausbau des Gehweges inklusive der Beleuchtungsanlage in der Lausitzer Straße im Abschnitt zwischen der Potsdamer Allee und der Spreewaldstraße in 16227 Eberswalde entsprechend der in der Sachverhaltsdarstellung festgelegten Kriterien durchzuführen und den Bauauftrag zu erteilen. Der geschätzte Auftragswert beträgt für die Beleuchtungsanlage 43.000,00 EUR und für den Gehweg 110.000,00 EUR.

TOP 10.6

Vorlage: BV/1006/2024

Einreicher / zuständige Dienststelle:

65 - Tiefbauamt

Widmung Albert-Einstein-Straße

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 6 des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 2009 (GVBl. I/09, Nr. 15) zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14 Nr. 32), die nachfolgend näher bezeichnete Verkehrsfläche dem öffentlichen Verkehr zu widmen.

Bezeichnung

Albert-Einstein-Straße

Gemarkung Eberswalde, Flur 4, Flurstücke 523, 533, 531 und 535

Die Straße soll als Gemeindestraße gewidmet werden.

Die Lage der zu widmenden Fläche ist im Übersichtslageplan (Anlage 1) dargestellt.

TOP 11

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 12

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

12.1 Herr Pringal:

- fragt nach dem aktuellen Stand des im ASWU bereits vorgestellten Aufstellungsbeschlusses B-Plan 323 „Zentrum Brand- und Katastrophenschutz“ und ob die während dessen gegebenen Hinweise aufgenommen werden

Frau Leuschner teilt mit, dass sich der Bebauungsplan in der Entwurfserstellung befindet und dass dieser eine Flächennutzungsplanänderung erforderte. Die bei der Offenlegung und die darüber hinaus bereits eingegangenen Hinweise werden bei der Entwurfsbearbeitung entsprechend berücksichtigt. Eine nochmalige Prüfung erfolgt dahingehend, ob die im ASWU gegebenen Hinweise bei der Entwurfsbearbeitung berücksichtigt wurden.

12.2 Herr Sandow:

- fragt, ob noch in dieser Wahlperiode mit einer Vorstellung der aktuellen Bauvorhaben durch das Bauordnungsamt im ASWU zu rechnen ist

Frau Fellner informiert, dass aufgrund der vollen Tagesordnung der heutigen Sitzung davon abgesehen wurde, die bereits fertige Präsentation vorzustellen und sagt zu, dass dies für den nichtöffentlichen Teil der ASWU-Sitzung im Mai vorgesehen ist.

- bezieht sich auf den bereits mehrfach gegebenen Hinweis zur widerrechtlichen Querung des Mittelstreifens in der Heegermühler Straße und auch die auf Anraten vorgenommene Kontaktaufnahme zum Landesbetrieb Straßenwesen (LS), dessen Antwort unbefriedigend war; bittet darum, in diesem Bereich Abhilfe zu schaffen

Frau Fellner berichtet, dass im Jahresgespräch mit dem LS, welches am 25.03.2024 unter Teilnahme von Frau Dr. Bartmann, Vorstandsvorsitzende des LS, stattfand, unter anderem dieses Anliegen thematisiert wurde. Die Heegermühler Straße ist in der Baulast des LS und damit ist die Stadt darauf angewiesen, dass die Umsetzung durch den LS im Rahmen des Ausbaus der Heegermühler erfolgt.

12.3 Herr Banaskiewicz:

- regt an das Procedere zu prüfen, ob die sich in der heutigen Sitzung unter TOP 6 „Einwohnerfragestunde“ zu Wort gemeldeten Einwohnerinnen und Einwohner tatsächlich in Eberswalde gemeldet sind und wie es nachzuprüfen sei, wenn sie nicht bereit sind, ihre Anschrift öffentlich anzugeben

Herr Fischer sagt eine Prüfung zu und informiert diesbezüglich in der nächsten Sitzung.

12.4 Herr Zinn

- bezieht sich auf den schlechten Zustand der Straßen und fragt nach, wann Reparaturarbeiten der Winterschäden an welchen Straßen erfolgen werden

Frau Köhler nimmt die Anregung mit.

Frau Heidenfelder berichtet, dass dem Bauhof regelmäßig von Frau Köhler und der Straßenbegeherin Begehungsprotokolle zur Straßenunterhaltung zur Verfügung gestellt werden, die systematisch vom Team des Bauhofes abgearbeitet werden. Sie führt weiter aus, dass derzeit die Prioritätenliste zu den unbefestigten Wegen abgearbeitet wird und berichtet, dass in Finow als auch in Ostend die Wege bereits weitestgehend geschoben wurden. Bezüglich der Asphalt Schäden auf städtischen Straßen sind die Gefahrenstellen weitestgehend beseitigt, die derzeit noch offenen Schäden betreffen hauptsächlich Bundes- und Landesstraßen.

- fragt nach dem aktuellen Stand des neuen Polizeistandortes

Frau Fellner berichtet, dass seitens der Verwaltung ein sehr konkreter Vorschlag eingereicht wurde und es davon auszugehen ist, dass im Ergebnis eines vor Kurzem stattgefundenen Gesprächs mit dem Staatssekretär Herrn Dr. Grünwald, dem Landrat Herrn Kurth, dem Bürgermeister Herrn Herrmann und Vertretern der Polizei noch von der bestehenden Landesregierung konkrete Informationen übergeben werden. In Folge dessen kann diese dann im politischen Raum vorgestellt werden, auch im Hinblick auf die Erarbeitung eines Vorschlages zum Verkauf eines Grundstückes, der dann zur Entscheidung vorgelegt werden kann.

- bezieht sich auf eine Debatte in der Sitzung des Brandenburger Landtages am 20. März 2024, in der es um die Reaktivierung von Bahnhaltepunkten in Brandenburg ging und bezieht sich in dem Zusammenhang auf die im ASWU vorgestellte Verkehrsstation Eberwalde Nord, ein Projekt der Deutschen Bahn, und fragt, ob der Verwaltung ein aktueller Stand dazu vorliegt

Frau Fellner teilt mit, dass die benannte Landtagsdebatte nicht bekannt ist. Sie führt aus, dass der Verwaltung kein neuer Kenntnisstand zu dem in der 37. ASWU-Sitzung am 07.11.2023 vorgestelltem Projekt vorliegt. Das Projekt beinhaltet einen Gleisbahnsteig, der zwischen der Ackerstraße und der Breitenstraße, südlich der Oderberger Straße und südlich des Gleises angelegt werden soll. Es ist davon auszugehen, dass die Deutsche Bahn nach wie vor an dem Projekt arbeitet.

12.5 Herr Dietterle:

- bezieht sich auf die von der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur eingereichte Beschlussvorlage BV/0987/2024/ „Bau eines Ortsteilzentrums im Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung“ und die in der 48. Stadtverordnetensitzung am 21.03.2024 von Frau Fellner getätigte Aussage, dass der Antrag aufgrund der darin enthaltenen Räume für eine Kita und für eine medizinische Versorgung, nicht zustimmungsfähig sei und bittet um eine genaue Begründung

Frau Fellner teilt mit, dass sie bereits in den Fachausschüssen und in der StVV die Erläuterung gegeben hat und wiederholt, dass es nicht zielführend ist, Räume für eine medizinische Versorgung vorzuhalten, wenn es keinen Arzt gibt, der dort tätig oder ansässig werden wird und sieht darin nicht einen sinnvollen und verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Bezüglich der Vorhaltung von Räumen für eine Kita teilt sie mit, dass sie aus Sicht der Verwaltung den Antrag, der sich auf den Bau eines Dorfgemeinschaftshauses bezogen hat, der ohne aussagekräftige Analyse und ohne einer tiefgründigen Auseinandersetzung über die Unterbringung von Kindergartenkindern, sprich ohne jeglicher Art von Basis, als nicht zustimmungsfähig ansieht. Auf diese sehr einfache Art und Weise ist es nicht möglich, einen Beschluss über die Vorhaltung einer Kita und einer medizinischen Versorgung zu fassen. Frau Fellner führt weiter aus, dass sie grundsätzlich den Antrag gut findet und die Aufnahme im INSEK „Meine Stadt – Eberswalde 2035“ vorgeschlagen hat, so wie es im Änderungsantrag der Verwaltung eingebracht und berücksichtigt wurde.

Herr Dietterle erklärt sich mit der Entscheidung als nicht zufrieden.

- bittet um die Akteneinsicht zur Verfüllung der Eisenbahnunterführung zwischen der Hegelstraße und dem Lichterfelder Weg, was aufgrund der nicht mehr gegebenen Standsicherheit der Brücke durch die Deutsche Bahn erfolgte

12.6 Herr Parys:

- wiederholt seine Anfrage aus der letzten ASWU-Sitzung und fragt, wie teuer die Markierung eines Piktogramms mit 30 km/h ist

Nachrichtliche Anmerkung:

Im Jahr 2019 wurde für die Markierung eines Piktogramms mit Zone 30 Km /h ca. 500 Euro brutto bezahlt. Aktuell muss man von höheren Kosten ausgehen, da die Preise seit 2019 erheblich gestiegen sind.

- bezieht sich auf seine Anregung unter TOP 11.3 der 40. ASWU-Sitzung vom 13.02.2024, die Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 km/h in der Angermünder Straße auf 50 km/h zu reduzieren

Frau Köhler teilt mit, dass das Geschwindigkeitsbegrenzungsschild von 70 km/h bereits seit mehreren Tagen entfernt ist.

- erläutert die Bürgersteigsituation in der Straße Ostender Höhen, Höhe KAFI Eberswalde, und regt an, dass Abgeordnete einen Ortstermin wahrnehmen, um sich die Situation anzuschauen

Frau Fellner teilt mit, dass diesbezüglich mehrere Varianten vorgestellt und begründet wurden und dass, wenn Bedarf für einen Vororttermin mit anderen Stadtverordneten besteht, kann dazu eigenständig eingeladen werden.

- bezieht sich auf Aussagen der Verwaltung bezüglich der Energiekosten für die Straßenbeleuchtung und bittet um Spezifizierung

Frau Fellner informiert, dass sie regelmäßig im ASWU über die Kosten bzgl. Ausschreibung der Einkaufsgemeinschaft berichtet und dass die Verwaltung sich bei der LED-Umstellung nicht selbst die CO²-Kosten anrechnen kann, weil ausschließlich „Grüner Strom“ eingekauft wird.

12.7 Herr Dr. Mai:

- weist erneut auf die Baugrube auf dem Fußweg vor der Eisdielen in der Gerichtsstraße hin und auf die damit ausgehende Unfallgefahr

Frau Köhler nimmt den Hinweis nochmals zur Klärung mit.

12.8 Herr Grohs:

- bezieht sich auf den im INSEK unter dem Punkt „Wirtschaft und Handel“ enthaltenen Schriftzug, „Zweidrittel der Beschäftigten in Eberswalde sind im Dienstleistungsbereich beschäftigt, d.h. Öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Sozialwesen mit steigender Tendenz der Beschäftigten...“ und sieht darin dringenden Handlungsbedarf, denn das bedeutet, dass es in der Stadt nur noch 20 % produzierendes Gewerbe mit abnehmender Anzahl von Beschäftigten gibt und warnt vor dem damit androhenden Aussterben der Handwerksbetriebe und Kleinunternehmen;

Herr Grohs fragt, ob dieses Verhältnis der Entwicklung gewollt und bewusst bestärkt wird und weist erneut auf seine unter TOP 12.2 der letzten ASWU-Sitzung vom 05.03.2024 gegebene Anregung bzgl. der Überarbeitung des Wirtschafts- und Entwicklungskonzepts sowie das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept hin

Frau Fellner nimmt den Hinweis dankend entgegen und sieht die Dringlichkeit der Kräftigung der produzierenden Bereiche ebenso. Sie berichtet, dass von Frau Kolbe, Amt für Wirtschaftsförderung, der Vorschlag zur zeitlichen Vorschau der Fortschreibung des Gewerbe- und Industrieflächenentwicklungskonzeptes übersandt wurde und sie die Akquirierung entsprechender Fördermittel angeht, um im II. Halbjahr dieses Jahres mit der Ausschreibung und der Vergabe zu beginnen. Frau Fellner berichtet in diesem Zusammenhang über ihre Einladung im Rotary Club und die Begegnungen mit Vertretern aus der Wirtschaft, die u.a. die Forderung der B167neu zum Ausdruck brachten. Sie macht damit deutlich, dass die Wichtigkeit auch darin liegt, Grundlagen für die Wirtschaft zu schaffen, damit sich Gewerbetreibende ansiedeln und behaupten können.

12.9. Herr Banaskiewicz:

- bittet um Weitergabe des Hinweises an den Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde (ZWA), dass die Anhebung der abgesenkten Gullideckel umgehend realisiert werden sollte

Frau Köhler informiert, dass der ZWA mitgeteilt hat, dass die Schächte in der Eisenbahnstraße in den Sommerferien angehoben werden.

Herr Fischer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:37 Uhr.

gez. Kurt Fischer
Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt

gez. Anja Guth
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Kurt Fischer

- **Stellvertreterin des Vorsitzenden**
Karen Oehler

- **stimmberechtigtes Mitglied**
Frank Banaskiewicz
Sabine Büschel per Videozuschaltung ab 18:17 Uhr
Oskar Dietterle per Videozuschaltung
Uwe Grohs
Ronny Hiekel vertreten durch Herrn Zinn
Katja Lösche
Heinz-Dieter Parys anwesend ab 18:25 Uhr
Riccardo Sandow
Sebastian Walter vertreten durch Herrn Passoke
Tilo Weingardt

- **sachkundige Einwohner/innen**
Constanze Adler
Matthias Bohn
Regine Hartwig
Martin Knoll per Videozuschaltung
Thomas Kolling entschuldigt
Dr. Hans Mai
Roy Pringal
Andreas Reichling
Peggy Siegemund anwesend ab 19:20 Uhr
Karin Wagner
Anna Wortberg entschuldigt

- **Dezernent/in**
Anne Fellner

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Bodo Heinrich entschuldigt

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**

Jens Damer

Katrin Heidenfelder

Heike Köhler

Silke Leuschner

- **Gästeliste**

Kathrin Heinz

zu TOP 10.1

Mike Wöhler

zu TOP 8